

# LANDTAG INTERN

INFORMATIONEN FÜR DIE BÜRGERINNEN UND BÜRGER

Plenum, Ausschüsse, Gesetzgebung & Hintergründe

50. Jahrgang · 17. Wahlperiode · Ausgabe 3 · 26. März 2019

## Aktuelle Stunde

Der Landesbetrieb Straßen.NRW stand im Mittelpunkt einer Aktuellen Stunde des Landtags. Die SPD-Fraktion hatte diese beantragt, weil der Betrieb einen zweiten Geschäftsführer erhalten soll. S. 3

## Wahlaufruf

Mit großer Mehrheit hat der Landtag die Bürgerinnen und Bürger aufgerufen, sich an der Wahl eines neuen Europäischen Parlaments zu beteiligen. In Deutschland wird am 26. Mai 2019 gewählt. S. 5

## Europawahl

In der Serie zur Europawahl wird die Arbeit des Landtags-Verbindungsbüros bei der Europäischen Union in Brüssel vorgestellt. Zudem geht es um Wegmarken der europäischen Einigung. S. 10-13

## Wie das Heft entsteht

Wie entsteht die Parlamentszeitschrift Landtag Intern? In der Serie zum 50. Geburtstag der Publikation gibt es diesmal einen Blick hinter die Kulissen des Redaktionsalltags. S. 16-17



BEWERBUNG

## Auf dem Weg zum Job

Debatte über Berufseinstieg für Flüchtlinge

# INHALT



Foto: Schälte

## Integration und Arbeit

<a href="#">Sachverständige äußern sich zur Beschäftigung Geflüchteter ....</a>	<b>S. 7</b>
<a href="#">Standpunkte .....</a>	<b>S. 8</b>

## Aus dem Plenum

<a href="#">Streit um Straßen.NRW .....</a>	<b>S. 3</b>
---	-------------

<a href="#">Meldungen .....</a>	<b>S. 4</b>
---------------------------------	-------------

<a href="#">Über Grenzen hinweg für Europa .....</a>	<b>S. 5</b>
--	-------------

<a href="#">Gesetzgebung .....</a>	<b>S. 6</b>
------------------------------------	-------------

## Forum

<a href="#">Der direkte Draht nach Brüssel .....</a>	<b>S. 10</b>
--	--------------

<a href="#">Stationen der europäischen Einigung .....</a>	<b>S. 12</b>
---	--------------

<a href="#">Aus den Fraktionen .....</a>	<b>S. 14</b>
--	--------------

## Forum

<a href="#">Wie Landtag Intern entsteht ...</a>	<b>S. 16</b>
---	--------------

## Aus den Ausschüssen

<a href="#">Meldungen .....</a>	<b>S. 18</b>
---------------------------------	--------------

## Im Porträt

<a href="#">Dietmar Bell (SPD) .....</a>	<b>S. 19</b>
--	--------------

<a href="#">Kurz notiert .....</a>	<b>S. 20</b>
------------------------------------	--------------

**Herausgeber:** Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, André Kuper, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

**Redaktion (red):** Michael Zabka (zab), Wibke Busch (wib), Thomas Becker (tob), Sonja Wand (sow), Bernd Schälte (bs, Bildredaktion); Telefon (0211) 884-2472 (zab), 884-2442 (wib), 884-2304 (tob), 884-2388 (sow), 884-2309 (bs), landtag-intern@landtag.nrw.de

**Redaktionsbeirat:** Parlamentarische Geschäftsführer/-innen: Matthias Kerkhoff (CDU), Sarah Philipp (SPD), Henning Höne (FDP), Verena Schäffer (Grüne), Andreas Keith (AfD), Pressesprecher/-innen: Kai Schumacher (CDU), Frank Uferkamp (SPD), Nadja Kremser (FDP), Jan Miebach (Grüne), Michael Schwarzer (AfD).

Redaktionsschluss: Freitag, 22. März 2019, 11 Uhr  
Nachdruck mit Quellenangabe erbeten.

Ein Nachdruck der Beiträge aus der Rubrik „Aus den Fraktionen“ ist nur mit Zustimmung der jeweiligen Fraktionspressestelle und bei entsprechender Quellenangabe möglich.

**Auflage:** 30.000

**Satz:** de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

**Herstellung und Versand:** reha gmbh zur beruflichen und sozialen Teilhabe von Menschen mit Behinderung, Dudweilerstraße 72, 66111 Saarbrücken

**Internet-Adressen:** [www.landtagintern.de](http://www.landtagintern.de), [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)

**Landtag Intern** wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

**Weitere Hinweise**

[www.landtagintern.de](http://www.landtagintern.de)



## Leserservice und kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren?

Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Öffentlichkeitsarbeit des Landtags NRW, Telefon (0211) 884-2442, [landtag-intern@landtag.nrw.de](mailto:landtag-intern@landtag.nrw.de)

Vielen Dank! Ihre Landtag-Intern-Redaktion

# Streit um Straßen.NRW

## Aktuelle Stunde zu Personalentscheidung beim Landesbetrieb

20. März 2019 – Die geplante Einsetzung eines zweiten Geschäftsführers sorgte für eine kontroverse Debatte im Landtag. Gewerkschaften und Personalräte seien einem Medienbericht zufolge bei der Entscheidung nicht beteiligt gewesen, kritisierte die SPD-Fraktion u. a. in ihrem Antrag. Die Landesregierung sowie die Fraktionen von CDU, FDP und AfD wiesen die Kritik zurück.

Der Landesbetrieb stehe vor einem „hoch anspruchsvollen Transformationsprozess“, so die SPD-Fraktion in ihrem Antrag („Halbe Belegschaft, doppelte Führung: Die Landesregierung verzettelt sich, statt die wirklich drängenden Fragen beim Landesbetrieb Straßen.NRW zu lösen“, 17/5451). Die Umsetzung der Reform der Bundesfernstraßenverwaltung bis 2021 setze voraus, „dass der Landesbetrieb rund 2.500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an die Autobahn GmbH des Bundes bzw. das Fernstraßen-Bundesamt abgibt“. Gewerkschafter, Personalräte und Teile der Belegschaft fänden es befremdlich, „dass die Spitze verdoppelt werde“, obwohl viele Bedienstete künftig nicht mehr für das Land arbeiteten.

**Carsten Löcker** (SPD) sagte, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landesbetriebs angesichts der jüngsten Personalentscheidungen

„stinksauer“ seien. Der neue Geschäftsführer erhalte ein Jahresgehalt von mehr als 100.000 Euro. „Oben wird großzügig serviert und unten ist geplant abzuservieren“, zitierte Löcker einen Mitarbeiter. Dieses Vorgehen wirke sich negativ auf das Betriebsklima aus. Unter der aktuellen Geschäftsführerin seien die Umsätze von Straßen.NRW seit 2015 massiv gestiegen. Zuvor habe es schon einmal eine Doppelspitze im Unternehmen gegeben, was zu Blockaden bei Entscheidungsprozessen geführt habe.

**Arne Moritz** (CDU) wies die Kritik zurück und bemerkte, dass Verkehrsminister Hendrik Wüst (CDU) bereits im März 2018 in einer Ausschusssitzung im Landtag die geplanten Umstrukturierungen bei Straßen.NRW bekanntgegeben und begründet habe. Kein Abgeordneter habe damals Kritik geäußert. „Warum kommt der Vorstoß jetzt?“, fragte Moritz. Die Gewerkschaft Verdi habe die Vermutung geäußert, die Installation einer Doppelspitze solle zu einer „Entmachtung“ der bisherigen Geschäftsführerin führen. Das sei mitnichten der Fall. Sie mache einen „hervorragenden Job“ und trage maßgeblich zum Erfolg des Unternehmens bei.

### „Erfolgreiche Arbeit“

**Arndt Klocke** (Grüne) stellte die Notwendigkeit einer Aktuellen Stunde infrage, hatte aber Fragen an den Verkehrsminister. So wollte Klocke wissen, ob die Neustrukturierung mit der Leiterin des Landesbetriebs abgesprochen gewesen oder ohne ihre Einwilligung erfolgt sei. Auch fragte er, ob der Personalrat und Beschäftigte miteinbezogen worden seien. Die Neuaufstellung von Straßen.NRW im Jahr 2015 bezeichnete Klocke als „zentralen Erfolg der rot-grünen Landesregierung“. Da stelle sich die Frage, warum überhaupt eine Ergänzung in der Geschäftsführung nötig sei. Schließlich arbeite der Betrieb erfolgreich.

Zwischen der Bekanntmachung im Ausschuss und der Aktuellen Stunde liege ein Jahr, sagte **Bodo Middeldorf** (FDP). In diesem Zeitraum habe die Koalition gemeinsam mit Straßen.NRW erfolgreich gearbeitet, 85 neue Ingenieurs- und Technikerstellen geschaffen, klargestellt, dass der Landesbetrieb weiterhin für die Bundesstraßen zuständig bleibe, den Übergang der Autobahnsparte in Bundeszuständigkeit vorbereitet und Klarheit für die Beschäftigten



Bodo Middeldorf  
(FDP)



Nic Peter Vogel  
(AfD)



Verkehrsminister  
Hendrik Wüst (CDU)

geschaffen. „Straßen.NRW braucht klare politische Rückendeckung“, betonte Middeldorf – keine Verunsicherung der Beschäftigten, wie die SPD sie betreibe.

**Nic Peter Vogel** (AfD) sagte, der Landesbetrieb stehe vor einer großen Umstrukturierung. Fast die Hälfte der Beschäftigten wechsle zum Bund. Es sei zu befürchten, dass dem Land dadurch Fachkräfte verloren gingen. Der neue Geschäftsführer des Betriebs solle als eine Art Headhunter fungieren, um Fachkräfte zu finden. Das sei wichtig, wenn die Infrastruktur wie geplant ausgebaut werden solle. Auch sei nicht mit einem Kompetenzgerangel zu rechnen, da sich die Zuständigkeiten der beiden Geschäftsführer deutlich unterschieden. Die zusätzliche Leitungsstelle sei „äußerst wichtig“. Es dürfe nicht am hässlichen Ende gespart werden.

Verkehrsminister **Hendrik Wüst** (CDU) verwies auf drei große Herausforderungen, vor denen der Landesbetrieb Straßen.NRW stehe. Er solle die Infrastruktur in Nordrhein-Westfalen deutlich ausbauen, dem demografischen Wandel und, damit verbunden, dem Fachkräftemangel begegnen. Zudem stehe er vor einem massiven Transformationsprozess. Die SPD sage nun, dass dies mit einer Leitungsstelle machbar sei. Die Landesregierung gehe einen anderen Weg und stelle einen zweiten Geschäftsführer ein, der sich diesen Herausforderungen widmen solle. Die Geschäftsführerin, die einen „prima Job“ mache, werde entlastet und könne sich auf das Kerngeschäft konzentrieren. *tab, sow, wib*

Fotos: Schälte



Carsten Löcker (SPD)



Arne Moritz (CDU)



Arndt Klocke (Grüne)



## Tierarztmangel

20.3.2019 – Die Grünen-Fraktion kritisiert einen Mangel an Tierärztinnen und -ärzten im ländlichen Raum. Die Anzahl von Nutztier- und Gemischtpraxen im ländlichen Raum sei in den vergangenen zehn Jahren stetig gesunken. Dabei seien Tierärztinnen und -ärzte „unverzichtbar für unsere landwirtschaftlichen Betriebe, für die Sicherung der Tiergesundheit und für den Schutz vor Seuchen“. Ursächlich für den Mangel seien u. a. veränderte Anforderungen, beispielsweise hinsichtlich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, und die Gebührenordnung. Die Fraktion fordert in ihrem Antrag (17/5383) einen umfassenden Maßnahmenkatalog, darunter eine Anpassung der Gebührenordnung und die Möglichkeit, Not- und Bereitschaftsdienste zu fördern. Der Antrag wurde ohne Debatte zur Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz überwiesen.

## Gender-Sprache

20.3.2019 – Die AfD-Fraktion fordert die Abschaffung der im Landesgleichstellungsgesetz verankerten geschlechterneutralen Sprache im Öffentlichen Dienst („Gender-Sprache in Nordrhein-Westfalen abschaffen – Wiederbelebung des generischen Maskulinums“, 17/5358). Die Fraktion kritisiert „sprachliche Verrenkungen“ sowie „umständlich“ und „gekünstelt“ wirkende Wortschöpfungen und zitiert einen Appell des Vereins Deutsche Sprache unter dem Titel „Schluss mit dem Gender-Unfug!“. Der Verein fordere, „dieses Gender-Wirrwarr in der Sprache von Behörden, Schulen und Universitäten nach dem Vorbild Frankreichs schnell zu beenden“. Alle deutschen Pluralformen sprächen sämtliche Geschlechter und sexuellen Orientierungen an. Die Landesregierung solle die „rechtlichen Grundlagen für den Ausstieg“ schaffen. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Gleichstellung und Frauen (federführend) überwiesen.

## Binnenschifffahrt

20.3.2019 – Die Fraktionen von CDU und FDP wollen die Binnenschifffahrt in Nordrhein-Westfalen stärken und die Wasserwege im Land „leistungsfähig halten“. Der Landtag hat einen entsprechenden Antrag der Fraktionen (17/5366) ohne Debatte zur Beratung an den Verkehrsausschuss (federführend) überwiesen. Der Binnenschifffahrt komme „bei dem Transport von Rohstoffen und Gütern eine herausragende Rolle zu“, heißt es in dem Antrag. Sie sei für den Wirtschafts- und Industriestandort enorm wichtig. Allerdings sei ein „massiver Sanierungsstau“ entstanden. Erforderlich seien u. a. die Instandsetzung von Schleusen und Spundwänden sowie die „Behebung der Mängel am Ruhrwehr Duisburg“. Für dieses Wehr bestehe eine „akute Ausfallgefahr“.

## Rauchverbot in Autos

21.3.2019 – Der Landtag hat die Landesregierung aufgefordert, sich im Bundesrat dafür einzusetzen, dass das Rauchen in Autos in Anwesenheit von Minderjährigen und Schwangeren verboten wird. Ein entsprechender Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Grünen (17/5368) wurde mit großer Mehrheit angenommen. Die AfD-Fraktion enthielt sich. „Minderjährige, die wiederholt Tabakrauch ausgesetzt sind, erleiden massive Gesundheitsschäden“, heißt es in dem Antrag. Die Folgen seien u. a. Schädigungen der sich entwickelnden Lunge, Atemwegserkrankungen, Übergewicht, Diabetes und Krebs. Minderjährige, deren Eltern rauchen, erkrankten häufiger an Tumoren oder Leukämie. Gravierend könnten die Folgen des Passivrauchens besonders für Säuglinge sein. Im ersten Lebensjahr sei Passivrauchen einer der Hauptrisikofaktoren für den plötzlichen Kindstod. Die Landesregierung solle „Handlungsmöglichkeiten auf Landesebene zur verbesserten Tabakprävention und zum effektiven Schutz von Minderjährigen und Schwangeren“ prüfen und dem Landtag hierzu berichten.

## Ehrenamts-App

21.3.2019 – Der Landtag hat sich mit der Einführung einer „Ehrenamts-App“ befasst. Anlass war ein gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU und FDP („Das Ehrenamt für das digitale Zeitalter stärken“, 17/5365). Der Antrag wurde zur weiteren Beratung an den Hauptausschuss (federführend) überwiesen. In Nordrhein-Westfalen seien rund sechs Millionen Menschen ehrenamtlich aktiv. „Auch im Ehrenamt könnte die Nutzung digitaler Medien und einer auf die Belange des Ehrenamtes ausgerichteten App für die Organisatoren hilfreich sein“, heißt es in dem Antrag. Zudem könne man auf diese Weise „noch mehr und vor allem junge Menschen der ‚Generation Smartphone‘ erreichen“. Die Landesregierung solle die Möglichkeiten zur Entwicklung einer solchen landesweit einsetzbaren App und bedarfsgerechte Angebote prüfen.

## Paketlieferdienste

21.3.2019 – Die SPD-Fraktion hat die Landesregierung aufgefordert, sich für Arbeitnehmerrechte von Paketbotinnen und Paketboten einzusetzen. In Deutschland seien laut Angaben der Bundesagentur für Arbeit mehr als 490.000 Menschen bei Post- und Zustelldiensten beschäftigt, heißt es in einem Antrag der Fraktion (17/5373). Der Boom des Onlinehandels habe Arbeitsplätze zu oft „miserablen Konditionen“ geschaffen. Laut Angaben von Gewerkschaften hätten sich „zum Teil mafiose Strukturen“ etabliert. Das Land Niedersachsen habe daher eine Bundesratsinitiative eingebracht, die von der Landesregierung im Bundesrat unterstützt werden müsse. Die Initiative fordere, Pflichten zur Erfassung der täglichen Arbeitszeit zu erweitern und die Zahlung von Sozialversicherungsbeiträgen sicherzustellen. Auch eine sogenannte Nachunternehmerhaftung müsse eingeführt werden, mit der Logistikkonzerne auch für Subunternehmen haften sollen, die ihrer Zahlungspflicht zur Sozialversicherung nicht nachkommen. Der Antrag wurde mit den Stimmen von CDU, FDP und AfD abgelehnt. SPD und Grüne hatten für ihn gestimmt.

# Über Grenzen hinweg für Europa

## Landtag beschließt fraktionsübergreifenden Wahlauftrag

21. März 2019 – Am 26. Mai sind Bürgerinnen und Bürger in Deutschland dazu aufgerufen, bei der Wahl zum Europäischen Parlament ihre Stimme abzugeben. Die Landtagsfraktionen von CDU, SPD, FDP und Grünen haben das zum Anlass genommen, in einem gemeinsamen Plenarantrag zu begründen, warum sie dies für wichtig halten.

In ihrem Antrag „Aufruf zur Europawahl 2019: Für ein starkes und vereintes Europa!“ (17/5369) betonen die vier Fraktionen, gerade in der heutigen Zeit sei die EU „ein Garant für Frieden, Sicherheit, Wohlstand und Stabilität“. Der Landtag sehe „mit großer Sorge das Handeln und das Anwachsen von rechtspopulistischen sowie rechtsextremen Akteuren in den verschiedenen europäischen Staaten, auch in Deutschland. Darüber hinaus versuchen auch Akteure auf der linken und Parteien auf der linksextremen Seite durch nationalistische Anleihen von dieser Entwicklung zu profitieren“.

Der Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen. Die AfD-Fraktion stimmte dagegen. Ein Entschließungsantrag der AfD-Fraktion (17/5502) wurde mit Mehrheit abgelehnt.

**Oliver Krauß** (CDU) mahnte, dass die Wahl zum Europäischen Parlament denkbar ungeeignet für eine Protestwahl sei. Europa könne nur gemeinsam die drängenden Herausforderungen der Zeit meistern. Wichtig sei dafür ein handlungsfähiges Europäisches Parlament. Da es bei der Wahl aber keine Sperrklausel gebe, drohe eine Zersplitterung. Daher liege es umso mehr an allen demokratischen Europäerinnen und Europäern zu verhindern, dass rassistische, antidemokratische und extrem nationalistische Positionen einen Platz im Europäischen Parlament erhielten. NRW sei auf ein vereintes, demokratisches und soziales Europa angewiesen.

Europa sei zu wichtig, um es denen zu überlassen, die damit nichts zu tun haben wollten, betonte **Rüdiger Weiß** (SPD). Die EU sei die Grundlage für Wohlstand und Frieden. „Wir wissen, dass Europa nicht perfekt ist.“ Es sei oft zu bürokratisch und zu wenig werte- und sozialorientiert.

Bei aller Kritik dürfe aber nicht vergessen werden, dass die EU ein unfertiges Projekt sei, das wachse. Sie abschaffen zu wollen, sei, als wolle man ein Haus abreißen, durch dessen Fenster es regne. Mit dem Wahlauftrag gäben die antragstellenden Fraktionen trotz politischer Unterschiede gemeinsam ein klares Bekenntnis zu einem starken Europa ab.

**Thomas Nückel** (FDP) sagte, dass Vorteile der Europäischen Union wie der Wegfall von Grenz- und Zollkontrollen heute selbstverständlich geworden seien. Bei der Europawahl stünden Deutschland und der ganze Kontinent am Scheideweg. „Die USA, Russland und China fordern uns heraus.“ Zudem wollten Populisten die EU von innen zerstören. Für Handel, Klimaschutz, Migration, die Verteidigung von Freiheit und Sicherheit und die Digitalisierung gelte: „Machen wir in Europa besser alles zusammen – außer Schulden.“ Positionen der AfD-Fraktion wiederum offenbarten einen „abgrundtiefen Hass auf europäische Gemeinsamkeiten“.

### „Verfassungsauftrag“

Auch **Johannes Remmel** (Grüne) verwies auf Errungenschaften der Europäischen Union. Sie habe u. a. maßgeblich dazu beigetragen, die Ziele der UN-Klimakonferenz in Paris zu verankern. Nationalisten dagegen missbrauchten die Europäische Union als Projektionsfläche, um Europa und die Demokratie schlechtzumachen – wie die AfD-Fraktion, die in ihrem Antrag auf ein „Europa der Vaterländer“ verweise, für Remmel ein „verfassungsfeindlicher“ Begriff.

Es gebe einen klaren Verfassungsauftrag, für ein vereintes Europa einzutreten. An die AfD-Fraktion gerichtet sagte Remmel: „Sie stehen nicht auf der Grundlage des Grundgesetzes.“

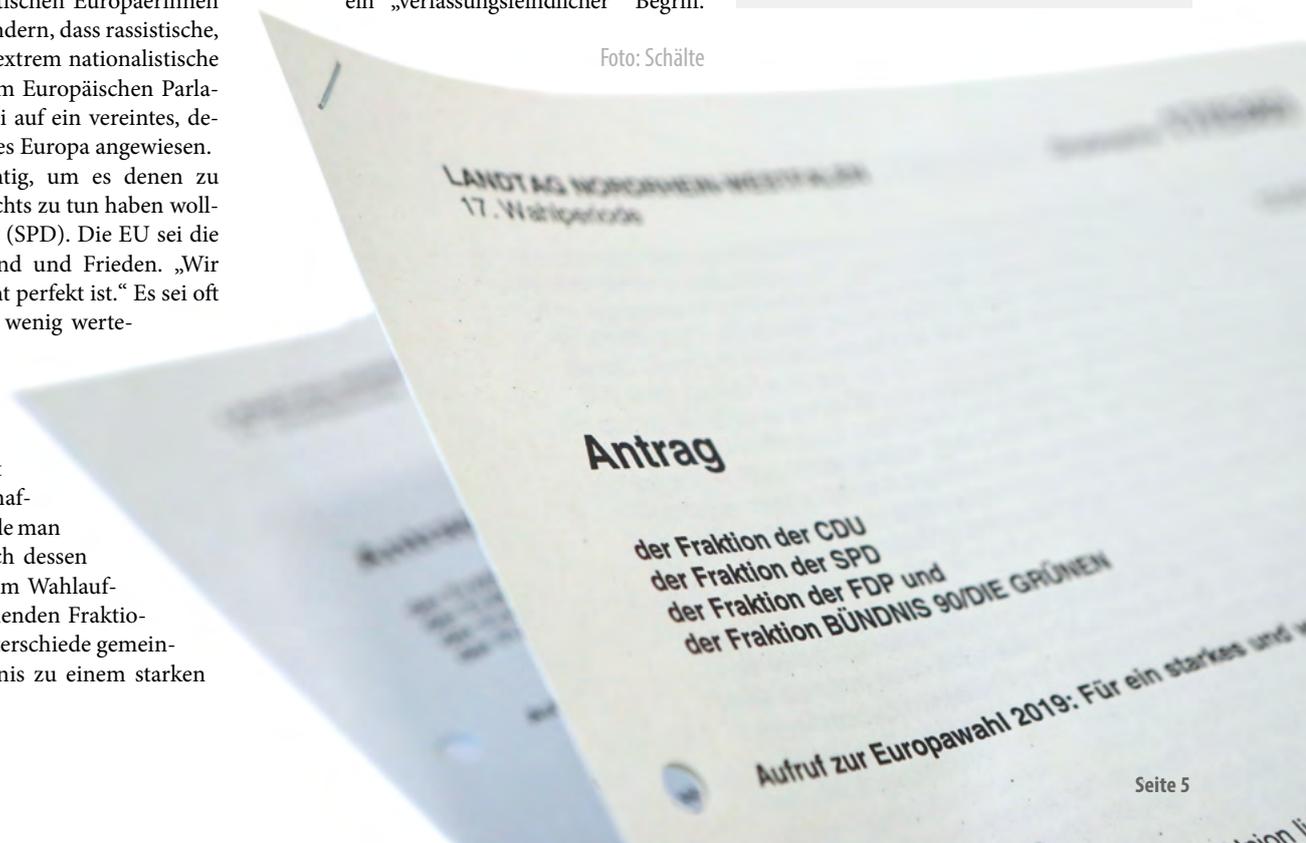
Frieden, Sicherheit und Wohlstand seien nicht der Europäischen Union zu verdanken, sagte **Sven Tritschler** (AfD). Sie habe damit „herzlich wenig zu tun“. Nach Wegfall der Grenzkontrollen „gondeln jeden Tag Tonnen von Rauschgift und Waffen völlig unbehelligt kreuz und quer durch Europa“, so Tritschler. Die Gemeinschaftswährung Euro bezeichnete er als „Klotz am Bein unseres Wohlstandes“ und „Gefängnis für alle Beteiligten“. Die Märkte der Zukunft lägen nicht in Europa, sondern in Asien. Die Europäische Union schade den Bürgerinnen und Bürgern mehr, als sie ihnen nutze.

Die Botschaft des Antrags und die breite Unterstützung im Landtag seien ein „wichtiges Signal aus Nordrhein-Westfalen für ein freies, rechtsstaatliches und geeintes Europa“, sagte **Dr. Stephan Holthoff-Pförtner** (CDU), Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Internationales. Die Landesregierung stehe „vollumfänglich“ hinter dem Antrag. Europa sei ein „Garant für Demokratie, Freiheit und Wohlstand in Deutschland und Nordrhein-Westfalen“. NRW habe „unglaublich“ vom europäischen Binnenmarkt, der Gemeinschaftswährung, von Freizügigkeit und offenen Grenzen profitiert, sagte der Minister.

*tob, zab, wib*

Mehr zum Thema Europawahl lesen Sie auf den Seiten 10 bis 13.

Foto: Schälte





## GESETZGEBUNG

# Laufende Gesetzgebung

Reihenfolge: Name des Gesetzes | Drucksachenummer | Antragsteller | ggf. federführender Ausschuss | Beratungsstand

**Gesetz zur Modernisierung des Rechts der Umweltverträglichkeitsprüfungen im Land Nordrhein-Westfalen** | 17/5002 und 17/5478 | Landesregierung | 2. Lesung am 20. März 2019 | angenommen

**Gesetz zur Änderung des Bergmannsversorgungsgesetzes und des Landesausführungsgesetzes zum Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch (SGB XII) – Sozialhilfe – für das Land Nordrhein-Westfalen** | 17/4579 | Landesregierung | 2. Lesung am 20. März 2019 | angenommen

**Gesetz zur Neuordnung des Statistikrechts für das Land Nordrhein-Westfalen** | 17/5197 | Landesregierung | 1. Lesung am 20. März 2019 | Überweisung an den Innenausschuss

**Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Versorgung der Wirtschaftsprüfer und der vereidigten Buchprüfer und zur Änderung weiterer Gesetze** | 17/5198 | Landesregierung | 1. Lesung am 20. März 2019 | Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss

**Sechstes Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch für das Land Nordrhein-Westfalen** | 17/5344 | Landesregierung | 1. Lesung am 20. März 2019 | Überweisung an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

**Gesetz zur Anpassung der Abgabefreiheit bei Einleitung von verschmutztem Niederschlagswasser** | 17/5345 | Landesregierung | 1. Lesung am 20. März 2019 | Überweisung an den Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz

**Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die NRW.BANK** | 17/4800 und 17/5407 | CDU und FDP | 2. Lesung am 20. März 2019 | angenommen

**Gesetz zur Verbesserung des Rechtsschutzes bei Forderungen im Justiz- und Maßregelvollzug und bei öffentlich-rechtlichen Unterbringungen in psychiatrischen Einrichtungen des Landes Nordrhein-Westfalen** | 17/5011 | Landesregierung | Rechtsausschuss | in Beratung

**Gesetz zur Änderung des Behindertengleichstellungsgesetzes Nordrhein-Westfalen** | 17/4781 | Landesregierung | Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales | in Beratung

**Gesetz zur Regelung des Kostenausgleichs zum Gesetz zur Neuregelung der Dauer der Bildungsgänge im Gymnasium (Belastungsausgleichsgesetz G 9 - BAG-G 9)** | 17/4832 | Landesregierung | Ausschuss für Schule und Bildung | in Beratung

**Gesetz zur Änderung des Hochschulgesetzes** | 17/4668 | Landesregierung | Wissenschaftsausschuss | in Beratung

**Gesetz zur Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen** | 17/4115 | SPD | Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen | in Beratung

**Gesetz über Gleichen Lohn für Gleiche Arbeit – Anpassung der Lehrerbesehung an ihre Ausbildung (Lehrerbesehungsgleichstellungsgesetz)** | 17/3812 | SPD | Haushalts- und Finanzausschuss | in Beratung

**Gesetz zur Stärkung religiöser und weltanschaulicher Neutralität der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen** | 17/3774 | Landesregierung | Rechtsausschuss | in Beratung

**Gesetz zur Änderung des Kommunalwahlgesetzes und weiterer wahlrechtlicher Vorschriften** | 17/3776 | Landesregierung | Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen | in Beratung

**Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen (Gesetz zur Stärkung der Abgeordnetenrechte)** | 17/3801 | AfD | Hauptausschuss | in Beratung

**Gesetz zur Änderung des Wohn- und Teilhabegesetzes** | 17/3777 | Landesregierung | Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales | in Beratung

**Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen** | 17/3005 | SPD und Grüne | Hauptausschuss | in Beratung

**Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Transplantationsgesetzes (AG-TPG) vom 9. November 1999 in der Fassung vom 13. Februar 2016** | 17/2121 | CDU und FDP | Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales | in Beratung

**Gesetz zur Verbesserung der Transparenz und Staatsferne der Landesanstalt für Medien (LfM) Nordrhein-Westfalen und des Westdeutschen Rundfunks in Köln (WDR)** | 17/2759 | AfD | Ausschuss für Kultur und Medien | Anhörung am 28. März 2019

# Integration und Arbeit

## Sachverständige äußern sich zur Beschäftigung Geflüchteter

# BEWERBUNG

13. März 2019 – Das Thema „Integration und Arbeit“ stand im Mittelpunkt einer gemeinsamen Sachverständigenanhörung des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales sowie des Integrationsausschusses. Grundlage waren zwei gemeinsame Anträge der Fraktionen von CDU und FDP sowie ein Antrag der SPD-Fraktion.

Die Fraktionen weisen in ihren Anträgen auf die Bedeutung von Arbeit und Ausbildung für die Integration geflüchteter Menschen, aber auch auf den Fachkräftemangel im Land hin. Unabhängig voneinander setzen sie sich für eine Verbesserung der Berufsanerkennungsverfahren ein. CDU und FDP fordern u. a., „dass bestehende Probleme bei der Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen beseitigt werden“. Die SPD-Fraktion sieht „Optimierungsbedarf im Bereich der Verfahrensdauer und der Anerkennung der Gleichwertigkeit der Qualifizierungen“.

Ein Teil der Geflüchteten verfüge nicht über die für eine Ausbildung erforderliche Grundbildung, schreiben die nordrhein-westfälischen Industrie- und Handelskammern (IHK) in ihrer Stellungnahme für die Ausschüsse. Wer das 18. Lebensjahr vollendet habe, sei jedoch nicht mehr schulpflichtig. Die Landesregierung habe sich deshalb zu Recht vorgenommen, eine „Schulpflicht für

nicht mehr schulpflichtige Flüchtlinge“ einzuführen. Die Kammern halten zumindest ein „Schulbesuchsrecht“ für Geflüchtete bis zum 25. Lebensjahr für sinnvoll. Von größter Bedeutung seien „vertiefte Sprachkenntnisse“. Es fehle insbesondere an „Angeboten zur Förderung der berufsspezifischen Fachsprache“. Bei der Anerken-

nung beruflicher Kenntnisse würde, so die IHK, ein Ausbau der Beratungsstrukturen zu einer Verbesserung beitragen.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) hob ebenfalls die Bedeutung der Sprachförderung hervor. Sie gehöre zu den „Grundsteinen einer erfolgreichen Integration in Arbeitsmarkt und Gesellschaft“. Der DGB empfiehlt u. a., einen Zugang zur Berufsausbildung unabhängig vom Aufenthaltsstatus zu gewährleisten und eine Berufsorientierung als Regelangebot für Geflüchtete einzuführen. Außerdem: „Sofern eine im Ausland erworbene Berufsqualifikation sowie ggf. einschlägige Berufserfahrungen vorliegen, jedoch in einem Anerkennungsverfahren wesentliche Unterschiede zwischen der ausländischen Berufsqualifikation und dem deutschen Referenzberuf festgestellt worden sind, sollen diese durch bedarfsgerechte Anpassungsqualifizierung ausgeglichen werden.“

### „Integrationsmanagement“

Die Landesvereinigung der Unternehmensverbände Nordrhein-Westfalen („unternehmer nrw“) hält ein „systematisches Integrationsmanagement vor Ort“ für sinnvoll. Angebote und Maßnahmen müssten sinnvoll verzahnt sein – „auch über thematische und behördliche Zuständigkeiten hinweg“. Für junge Geflüchtete, denen es an Grundbildung fehle, sollten die Internationalen Förderklassen der Berufskollegs „von vornherein auf zwei Jahre mit einem gezielten Förderkonzept“ angelegt werden. Ebenso müssten die Anstrengungen für junge Geflüchtete über 18 Jahre verstärkt werden.

Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit (Regionaldirektion NRW) ist die „Anerkennung der im Ausland erworbenen Berufsqualifikationen ein Instrument zur schnelleren Integration von Migrantinnen und Migranten und zur Fachkräftesicherung“. Dringender Handlungsbedarf bestehe bei den „zu langen Verfahrensdauern“.

Die Bertelsmann-Stiftung schreibt in ihrer Stellungnahme vom großen Potenzial „informell erworbener Kompetenzen“. Diese Kenntnisse und Fähigkeiten würden in den meisten Ländern nicht im Berufsausbildungssystem erworben, sondern in der beruflichen Praxis („on-the-job“). Durch „Kompetenzfeststellungsverfahren“ müsse geprüft werden, ob diese Kompetenzen mit den Anforderungen des deutschen Arbeitsmarktes vergleichbar seien. zab

### Drei Anträge

Die Anträge, die der Sachverständigenanhörung zugrunde lagen, lauteten: „Sie sind in Nordrhein-Westfalen willkommen! – Berufsanerkennungsverfahren verbessern und im Sinne der antragstellenden Menschen weiterentwickeln“ ([17/3805](#)), „Integration beginnt mit Ausbildung und Arbeit – Bewährtes bewahren, Ideen entwickeln, Unterstützung leisten“ ([17/4113](#), beide von den Fraktionen von CDU und FDP) sowie „Die Landesregierung muss die Integration von geflüchteten Menschen in den Arbeitsmarkt vorantreiben“ ([17/3011](#), SPD-Fraktion).

Mehr zum Thema lesen Sie auf den Seiten 8 und 9.

SCHWERPUNKT

# Standpunkte

## Meinungen zu „Integration und Arbeit“



**Die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse ...**

... muss dringend in einem angemessenen Zeitrahmen stattfinden, damit sich die Menschen schneller am Arbeitsleben beteiligen können und so ihren Lebensunterhalt selbständig erwirtschaften. Dies ist eine wichtige Voraussetzung für eine erfolgreiche Integration. Dies gilt sowohl für handwerkliche wie akademische Berufe und Ausbildungen.

... ist ein wichtiges Instrument zur schnelleren Integration von Migrantinnen und Migranten und zur Fachkräftesicherung. Die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse bietet Bewerberinnen und Bewerbern bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt und unterstützt die Wirtschaft bei der Deckung des Fachkräftebedarfs. Es besteht allerdings noch Optimierungsbedarf im Bereich der Verfahrensdauer und der Anerkennung der Gleichwertigkeit der Qualifizierungen.

**Wer Berufserfahrung, aber keinen formalen Abschluss hat ...**

... hat die Möglichkeit, in Nordrhein-Westfalen und auch bundesweit durch eine Vielzahl von Qualifizierungsmaßnahmen und Schulungen den für ihn geeigneten – auch niederschweligen – Abschluss zu erreichen. Geeignete Kompetenzfeststellungsverfahren und flexible Wege zur Nachqualifizierung unter Einbeziehung von informell erworbenen Kompetenzen müssen weiter gestärkt werden.

... hat die Möglichkeit, durch das Bundesqualifizierungsfeststellungsgesetz (BQFG) andere Verfahren zur Kompetenzfeststellung zu nutzen, beispielsweise durch Arbeitsproben. Diese alternativen Verfahren müssen jedoch praxistauglicher und weniger bürokratisch ausgestaltet werden, damit die geflüchteten Menschen so schnell wie möglich in Ausbildung und Arbeit gelangen können.

**Grundbildung ...**

... ist für jeden Menschen die Voraussetzung für ein erfolgreiches, eigenständiges Leben. Für eine gelingende Integration in den Arbeitsmarkt und in unsere Gesellschaft für Menschen mit Migrationshintergrund ist sie unabdingbar. Hierzu gehören in erster Linie das Erlernen der Sprache, das Interesse an unserer westlichen Kultur, unseren Werten und natürlich auch die berufliche Befähigung für den ersten Arbeitsmarkt.

... ist ein wesentlicher Baustein dafür, dass geflüchtete Menschen sich möglichst rasch integrieren und einen guten Platz in unserer Gesellschaft finden können. Dabei sind Deutschkenntnisse ein entscheidender Schlüssel nicht nur für den Zugang zum Arbeitsmarkt, sondern auch zum beruflichen Aufstieg. Deswegen ist ein breites Angebot an Maßnahmen zur Alphabetisierung und zur intensiven Sprachförderung in Verbindung mit arbeitspraktischen Erprobungen dringend notwendig und weiter auszubauen.

**Fachkräftemangel ...**

... resultiert in Deutschland primär aus der demografischen Entwicklung. Ausländische Arbeitskräfte sind für uns eine Chance, diesen Mangel etwas zu begrenzen. Unser Ziel muss es weiter sein, dass jeder Jugendliche einen Schul- und Ausbildungsabschluss erreicht, mit dem er eigenverantwortlich und auskömmlich sein Leben gestalten kann.

... kann durch erfolgreiche Integration der Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt gelindert werden. Längst ist absehbar, dass inländische Potenziale nicht ausreichen, um die Lücke bei den Fachkräften in der Zukunft zu schließen. Menschen mit Flucht- und (jüngerer) Migrationsgeschichte sind für Deutschland deshalb vor allem eine Chance. Unterstützt durch Integrationsangebote können die Menschen einen Beitrag dazu leisten, dem Fachkräftemangel zu begegnen.



Stefan Lenzen  
(FDP)

... ist eine entscheidende Frage für die Integration in den Arbeitsmarkt. Ausländische Qualifikationen dürfen keine Berufsabschlüsse zweiter Klasse sein. Dabei geht es nicht nur um die Integration von Geflüchteten, sondern z. B. auch um Grenzgänger, die in NRW arbeiten möchten. Wir wollen schnelle und unbürokratische Verfahren, aber gleichzeitig die Wahrung fachlicher Standards sicherstellen.

... muss trotzdem eine Chance auf dem Arbeitsmarkt bekommen. Wir wollen Verfahren zur besseren Berücksichtigung informell erworbener Kompetenzen nutzen, um die tatsächlichen Kenntnisse und Fähigkeiten zu ermitteln. Teilqualifikationen bieten für diese Menschen einen Einstieg in den Arbeitsmarkt. Mithilfe modularer Nachqualifizierungen können dann arbeitsbegleitend Abschlüsse erreicht werden.

... ist Voraussetzung, um eine Ausbildung erfolgreich absolvieren zu können. Deshalb hat die NRW-Koalition die Einstiegsqualifizierung in den Erlass zur Ausbildungsduldung aufgenommen. Daneben brauchen wir bessere berufsbezogene Sprachförderung z. B. mithilfe von Kursen in Teilzeit neben einer Ausbildung oder direkt im Unternehmen sowie mehr Differenzierung im Hinblick auf die jeweiligen Teilnehmer.

... ist eine Herausforderung für Industrie, Mittelstand und Handwerk. Ohne qualifizierte Einwanderung werden wir diesen nicht bewältigen können. Wir setzen aber auch auf die Talente, die aus anderen Gründen zu uns gekommen sind, und wollen ihnen einen Spurwechsel ermöglichen. Mit dem Erlass zur 3+2-Ausbildungsduldung wird für Rechtssicherheit bei Betroffenen und Unternehmen gesorgt.



Berivan Aymaz  
(Grüne)

... ist weiterhin zu kompliziert. Wir brauchen klare, einheitliche und transparente Verfahren und zentrale Ansprechpartner\*innen, die eine kostengünstige und verlässliche Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse ermöglichen – auch aus dem Ausland heraus. Alle Menschen sollten ermutigt werden, ihre beruflichen Potenziale zu nutzen und weiter auszubauen. Es gilt, bestehende Hürden endlich abzubauen.

... profitiert leider auf dem deutschen Arbeitsmarkt kaum von diesen über Jahre erworbenen Fähigkeiten. Deutschland hinkt anderen Ländern in der Anerkennung informeller Kompetenzen deutlich hinterher. Die schnelle Identifizierung und Anerkennung von individuellen Kompetenzen muss weiter gefördert werden. Unser Ausbildungssystem sollte etwa durch Teilzeitausbildungen und Teilqualifizierungen flexibilisiert werden.

... ist ein Menschenrecht. Wir müssen Kindern und jungen Erwachsenen den Zugang zu Bildung gewähren, unabhängig vom Aufenthaltsstatus. Wichtig ist, Spracherwerb und berufliche Bildung aufeinander abzustimmen. Der Übergang von Ausbildung in den Beruf muss möglichst fließend erfolgen und gemeinsam gedacht werden. Für Geflüchtete müssen die Internationalen Förderklassen am Berufskolleg ausgebaut werden.

... resultiert aus unattraktiven Arbeitsbedingungen, zu hohen Anforderungen und einer alternden Gesellschaft. Die Ausbildung muss attraktiver und die Berufsorientierung gefördert werden. Die Interessen und Talente der Menschen gehören in den Mittelpunkt, und gleichzeitig brauchen wir ein innovatives Einwanderungsgesetz, um den Bedarf an Arbeitskräften in Deutschland auch in Zukunft zu decken.



Dr. Martin Vincenz  
(AfD)

... darf nicht generell infrage gestellt werden und insbesondere nicht an bürokratischen Hürden scheitern. Abstriche bei den qualitativen Anforderungen hingegen sind unter keinen Umständen in Kauf zu nehmen: Eine volle Anerkennung setzt zwingend eine tatsächliche Gleichwertigkeit voraus. Deutsche Abschlüsse dürfen auf dem internationalen Markt nicht durch politische Kurzschlussaktionen langfristig abgewertet werden.

... sollte die Möglichkeit erhalten, den formalen Abschluss durch entsprechende Prüfungsverfahren nachzuholen. Praktische Berufserfahrung ist in vielen Branchen wichtiger als theoretisches Wissen, kann eine fundierte Ausbildung aber nicht vollständig ersetzen. Hier gilt es, den Menschen faire Chancen zu geben; niemand darf benachteiligt werden, aber eine einseitige Bevorzugung ist ebenso abzulehnen.

... ist das Fundament, das eine Teilhabe an unserer Gesellschaft überhaupt ermöglicht. Umfang und Inhalt dieses Guts werden allerdings in unterschiedlichen Teilen der Welt unterschiedlich vermittelt. Bei Nachholbedarf sollten wir daher denjenigen, die sich anstrengen, immer die Möglichkeit geben, diese wichtige Voraussetzung für Erfolg in der Gesellschaft und auf dem Arbeitsmarkt zu erlangen.

... ist ein Problem, das sich in den kommenden Jahren aller Voraussicht nach weiter verschärfen wird. Die Zuwanderung qualifizierter Fachkräfte kann bei der Lösung helfen, doch gilt es, eine sorgfältige Auswahl zu treffen. Gemäß des Vorbilds erfolgreicher Einwanderungsländer sollten wir uns genau aussuchen, wer zu uns kommt, wer zu uns passt und wen wir auch langfristig in unsere Gesellschaft aufnehmen wollen.

# Landtag und Europa: Der dir

Serie zur Europawahl: Wie das Landesparlament Einfluss in Europa nimmt



Verbindungsbüro  
des Landtags  
Nordrhein-Westfalen

März 2019 – An der Rue Montoyer 47 in der belgischen Hauptstadt hat der Landtag Nordrhein-Westfalen Wurzeln geschlagen. 200 Kilometer vom Düsseldorfer Parlamentsgebäude entfernt werden hier Entscheidungen der EU auf Nordrhein-Westfalen heruntergebrochen. Somit ist das, was in Brüssel entschieden wird, keineswegs weit weg oder fernab vom konkreten Leben vor Ort. Europäische Gesetze gelten zwar für 28 Staaten gleichermaßen – bzw. für 27 Staaten, falls der Brexit kommt. Dennoch und umso mehr lohnt sich ein Blick darauf, wie sich diese oder jene Vorschrift auf ein einzelnes Land, gar auf ein Bundesland, auf Nordrhein-Westfalen, auswirken könnte.

## Frühwarnsystem

Und das ist sogar so gewollt: Seit dem Vertrag von Lissabon aus dem Jahr 2009 können die Parlamente der einzelnen Mitgliedstaaten im europäischen Gesetzgebungsverfahren ihre Stimme erheben – in Deutschland auch die Landesebene. Dafür gibt es ein Frühwarnsystem, das es ihnen ermöglicht, die geplanten Vorhaben genauer unter die Lupe zu nehmen. Nachdem die Europäische Kommission eine Richtlinie oder Verordnung vorgelegt hat, kann ein Mitgliedstaat mittels einer sogenannten Subsidiaritätsrüge Bedenken oder Änderungswünsche vorbringen.

Wenn die Bedenken von einem Bundesland ausgehen wie beispielsweise von NRW, verläuft der Weg zur Subsidiaritätsrüge über den Bundesrat. In diesem Fall muss der Landtag die Landesregierung auffordern, die Initiative im Bundesrat zu ergreifen und dort Überzeugungsarbeit gegenüber den anderen Bundesländern zu leisten, damit es zur Subsidiaritätsrüge von deutscher Seite kommen kann. Für das ganze Prozedere bleiben acht Wochen Zeit, für alle Beschlüsse auf den verschiedenen Ebenen. Der Zeitplan ist äußerst straff.

# ekte Draht nach Brüssel

Neben der Subsidiaritätsrüge über den Bundesrat gibt es noch einen zweiten, schnelleren Weg für Nordrhein-Westfalen, Informationen über geplante oder angelaufene Gesetzgebungsvorhaben einzuholen und Stellung in Brüssel zu beziehen: der direkte Dialog mit den europäischen Gesetzgebern. Zu dem Zweck hat der Landtag ein Verbindungsbüro in Brüssel eingerichtet – mit Sitz in der Landesvertretung Nordrhein-Westfalen bei der EU. In dem Büro sitzt Tom Odebrecht



Mit wachem Ohr für den Landtag in Brüssel: Tom Odebrecht

und hält ständigen Kontakt zu den Europäischen Institutionen, der Kommission, dem Rat und dem Parlament sowie zu Vertreterinnen und Vertretern anderer Landtage. Er beobachtet für den Landtag relevante Vorgänge und beleuchtet die eingehenden europäischen Initiativen auf mögliche Auswirkungen auf NRW. Die Ergebnisse seiner Analysen und Einschätzungen der zahlreichen, von außen teils kaum zu durchschauenden Dokumente teilt er dem Landtag mit. Er steht im ständigen Kontakt mit den Mitgliedern des Ausschusses für Europa und Internationales des Landtags, ebenso mit den Europareferentinnen und -referenten der Fraktionen.

Auf Basis dieser Hinweise diskutieren der Europaausschuss und die Fraktionen über die europäischen Themen. Sollten Einwände gegen Gesetzesvorhaben bestehen, kann der Landtag sie in einem Plenarantrag zur Sprache bringen und den Landtagspräsidenten beauftragen, den beschlossenen Antrag direkt der Europäischen Kommission zuzuleiten. Dort hat er durchaus Gewicht – Nordrhein-Westfalen ist zwar nur ein Bundesland, hat aber eine größere Einwohnerzahl als so manche EU-Mitgliedstaaten. Wäre NRW ein Staat, stünde es mit seiner Wirtschaftskraft innerhalb der Europäischen Union auf Rang 7.

Dieser direkte, unmittelbare Kommunikationsweg vom Landtag zur Europäischen Kommission ohne zwischengelagerte Abstimmungsprozesse bietet den gewählten Landtagsabgeordneten die Möglichkeit, den Volkswillen direkt nach Brüssel zu tragen. Übrigens funktioniert das nicht nur während eines Gesetzgebungsverfahrens, sondern auch bereits im Vorfeld: Odebrecht, der für den Landtag die Schnittstelle zu Europa organisiert, kann die Ideen, Wünsche

und Bedenken aus dem Landtag zu bestimmten politischen Vorhaben bereits in der Entstehungsphase in den Diskussionsprozess der Europäischen Kommission oder in laufende Verhandlungen im Europaparlament auf Arbeitsebene mit einfließen lassen.

## Mitsprache in Gremien

Für all das ist es wichtig, dass der Landtag einen Mitarbeiter direkt vor Ort in Brüssel hat, der mit wachem Auge und Ohr früh mitbekommt und einschätzen kann, welche für den Landtag relevanten Themen aufkommen. Als wissenschaftlicher Referent liefert er dem Europaausschuss die Hintergründe und Informationen für die politischen Entscheidungen im Landtag.

Der Landtag ist zudem in drei europäischen Gremien vertreten und kann dort Europapolitik mitgestalten. Im Ausschuss der Regionen (AdR) kommen mindestens viermal im Jahr lokal und regional gewählte Vertreterinnen und Vertreter von Gebietskörperschaften zusammen, um die Europäische Kommission zu beraten und eigeninitiativ Stellungnahmen abzugeben. Die Kommission, der Rat und das EU-Parlament müssen den AdR anhören, wenn sie

Rechtsvorschriften formulieren, die Gemeinden und Regionen betreffen.

Ebenfalls vertreten ist der Landtag im Kongress der Gemeinden und Regionen (KGRE) des Europarates. Dort liegt der Arbeitsschwerpunkt auf Menschenrechten, Rechtsstaatlichkeit und Demokratieentwicklung – mit Fokus auf die Gemeinden und Regionen in Europa. Er will zudem Selbstbestimmung und Eigenverantwortung der Regionen vor Ort im europäischen Kontext stärken. In der Konferenz der Präsidentinnen und Präsidenten der regionalen gesetzgebenden Versammlungen (CALRE) ist der Landtag ebenfalls vertreten. Die Vorsitzenden von 74 Regionalparlamenten in Europa bemühen sich dort um Vernetzung, die Beziehung zwischen europäischen und regionalen Institutionen, um Bürgerbeteiligung und die Verbreitung der europäischen Werte.

Die Arbeit in diesen Gremien, die neben dem Tagesgeschäft im Düsseldorfer Landtag geschieht, will gut vorbereitet sein. Auch hierfür ist das Verbindungsbüro des Landtags in Brüssel wichtig. Und schließlich ist die Vernetzung vor Ort ein starkes Pfund: So gelingt es beispielsweise, dass der Europaausschuss zum Austausch relevante europäische Gäste im Landtag begrüßen kann oder auch Fachausschüsse des NRW-Parlaments zu Informationsbesuchen in Brüssel kompetente Gesprächspartnerinnen und -partner vorfinden.

Über die Entfernung zwischen Düsseldorf und Brüssel verläuft ein enger Kommunikationsstrang. An der Rue Montoyer 47 befindet sich die Außenstelle des Landtags, die Europa mitten ins Landesparlament bringt. *sow*

Mehr zu Europa lesen Sie auf den Seiten 5, 12 und 13.  
Kontakt bei Europafragen: [europa@landtag.nrw.de](mailto:europa@landtag.nrw.de)  
Mehr Informationen:  
[www.what-europe-does-for-me.eu/de/home](http://www.what-europe-does-for-me.eu/de/home)

# Stationen der europäischen

Serie zur Europawahl: Von den Römischen Verträgen bis heute

25. März 1957

## Römische Verträge

Die sechs Staaten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) unterzeichnen die Römischen Verträge und gründen damit die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und die Europäische Atomgemeinschaft (Euratom). Alle drei Institutionen bilden gemeinsam die Europäischen Gemeinschaften. Die institutionelle Struktur und die Organe der EGKS (Parlament, Kommission, Rat, Gerichtshof, Wirtschafts- und Sozialausschuss) werden für alle drei europäischen Gemeinschaften übernommen. In den 1970er- und 1980er-Jahren werden die beteiligten Staaten meist kollektiv als Europäische Gemeinschaft (EG) bezeichnet.

1. Juli 1968

## Zollunion

Die sechs Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften gründen eine Zollunion und erheben untereinander keine Zölle mehr. Für Einfuhren aus Drittstaaten werden gemeinsame Zolltarife festgelegt.

13. März 1979

## Europäisches Währungssystem

Die Staaten der Europäischen Gemeinschaften einigen sich auf ein Europäisches Währungssystem (EWS). Es soll die Wechselkurse zwischen den Währungen der Mitgliedstaaten mithilfe des ECU (European Currency Unit) als Verrechnungseinheit stabil halten.

1940                      1950                      1960                      1970

5. Mai 1949

## Gründung des Europarats

In London gründen Vertreter von zehn Staaten den Europarat. Ein Jahr später verabschiedet der Europarat die Europäische Menschenrechtskonvention, über deren Einhaltung seit 1959 der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte wacht. Die Flagge des Europarats zeigt zwölf goldene Sterne auf blauem Grund und wird heute auch von der Europäischen Union verwendet. Dem Europarat gehören derzeit 47 Staaten an; er ist ein Forum für Debatten über allgemeine europäische Fragen.

23. Juli 1952

## Montanunion gegründet

Der Vertrag für die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), auch Montanunion genannt, tritt in Kraft. Mit ihr organisieren Frankreich, Deutschland, Italien, Belgien, die Niederlande und Luxemburg ihre Kohle- und Stahlproduktion, in einem freien Markt und verzichten in der Branche auf Zölle.

1. Januar 1973

## Großbritannien, Irland und Dänemark treten bei

Mit Großbritannien, Irland und Dänemark treten drei weitere Staaten den Europäischen Gemeinschaften bei. Auch Norwegen hatte einen Beitrittsvertrag ausgehandelt, den die norwegische Bevölkerung aber in einem Referendum ablehnte.

7.-10. Juni 1979

## Erste Direktwahl des Europäischen Parlaments

Zum ersten Mal wird das Europäische Parlament der Europäischen Gemeinschaft (EG) direkt gewählt. Die Wahlen finden von nun an alle fünf Jahre statt. Zuvor entsandten die nationalen Parlamente der Mitgliedstaaten ihre Abgeordneten, die dann nationale und europäische Abgeordnete zugleich waren.

# Einigung

1. November 1993

## Vertrag von Maastricht

Der Vertrag von Maastricht tritt in Kraft, der ein Drei-Säulen-Modell einführt. Die Europäische Union bildet demnach die Dachorganisation für drei Teilbereiche: für die Europäischen Gemeinschaften (bestehend aus Unterorganen), die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und die Zusammenarbeit im Bereich Justiz und Inneres (TJ).

1. Januar 2002

## Euro-Einführung

Der Europäischen Union gehören mittlerweile 15 Staaten an, darunter auch Griechenland (seit 1981), Portugal und Spanien (seit 1986) sowie Finnland, Österreich und Schweden (seit 1995). Seit 2002 steht der Euro in zwölf EU-Mitgliedstaaten (außer Dänemark, Schweden und Großbritannien) als Zahlungsmittel zur Verfügung. Die Vorbereitungen für eine einheitliche Währung begannen 1993 mit dem Vertrag von Maastricht.

1. Januar 2007

## Rumänien und Bulgarien treten bei

Mit der Aufnahme Rumäniens und Bulgariens zur Europäischen Union wird die 2004 begonnene Osterweiterung fortgeführt. Beide Länder werden einem Kooperations- und Überprüfungsmechanismus unterworfen, um u. a. die Rechtsstaatlichkeit weiter zu stärken.

1. Juli 2013

## Kroatien tritt bei

Kroatien wird 28. Mitgliedstaat der Europäischen Union, als zweites Land Ex-Jugoslawiens nach Slowenien. Zu weiteren potenziellen EU-Kandidaten zählen Albanien, Mazedonien, Montenegro, Serbien, Bosnien-Herzegowina und Kosovo.

1980

1990

2000

2010

26. März 1995

## Schengener Abkommen

Das Schengener Abkommen tritt in Kraft. Die 1985 unterzeichnete Vereinbarung zwischen Deutschland, Frankreich, Belgien, den Niederlanden und Luxemburg beseitigt Grenzkontrollen zwischen diesen Ländern.

1. Mai 2004

## Zehn weitere Länder treten bei

Die größte Erweiterung der EU-Geschichte: Zehn weitere Länder stoßen zur Union. Neben Malta und Zypern sind dies die drei baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen sowie Polen, Tschechien, die Slowakei, Ungarn und Slowenien.

1. Dezember 2009

## Vertrag von Lissabon

Mit Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon wird die Europäische Gemeinschaft (EG) aufgelöst und durch die Europäische Union (EU) als Rechtsnachfolgerin ersetzt. Neu geschaffen wird das Amt des EU-Ratspräsidenten, der für zweieinhalb Jahre den Vorsitz im Europäischen Rat übernimmt. Umgestaltet wird auch das Amt des Hohen Vertreters bzw. der Hohen Vertreterin für die Außen- und Sicherheitspolitik. Mit dem Vertrag von Lissabon wird ein freiwilliger Austritt aus der Europäischen Union möglich.

23. Juni 2016

## Referendum in Großbritannien

Für einen Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union („Brexit“) stimmen 51,9 Prozent der Briten. Der Fahrplan für den Brexit ist ungewiss, nachdem das britische Unterhaus gegen das von Premierministerin Theresa May ausgehandelte Brexit-Abkommen gestimmt hat.

23.-26. Mai 2019

## Neunte Direktwahl des Europäischen Parlaments

Zum neunten Mal bestimmen Bürgerinnen und Bürger die Abgeordneten des EU-Parlaments. Die Deutschen wählen am 26. Mai 2019 und bestimmen 96 von insgesamt 705 Abgeordneten (im Fall eines Austritts von Großbritannien).

Sitzung

# AUS DEN FRAKTIONEN

Beiträge in alleiniger Verantwortung der Fraktionen

## #StarkerStaat – Diskutieren Sie mit uns über den Rechtsstaat

Ein starker Rechtsstaat bringt mehr Sicherheit und Lebensqualität für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes. Die NRW-Koalition steht für eine Null-Toleranz-Politik gegen Kriminelle. Es ist unser Ziel, dieses durch gezielte und konsequente Maßnahmen in der richtigen Balance zwischen Freiheit und Sicherheit zu gewährleisten.

Mit der Online-Kampagne #StarkerStaat wollen wir mit Ihnen ins Gespräch

kommen und in den nächsten Wochen über den Rechtsstaat diskutieren. Das Thema der ersten Woche war die Clan-Kriminalität.

Die klare Botschaft der NRW-Koalition lautet in diesem Zusammenhang: In Nordrhein-

Westfalen gilt nicht das Gesetz der Clans, sondern das Gesetz des Staates. Die sich über Jahre hinweg verfestigten kriminellen Strukturen können nur mit einer Null-Toleranz-Politik effektiv bekämpft werden. Kriminelle Strukturen müssen aufgelöst werden, um damit die Entstehung neuer Strukturen zu verhindern.

In einem weiteren Teil der Kampagne geht es um Gewalt gegen Polizeibeamte. Auch hier hat die CDU-

Fraktion eine klare Position. Wir werben für Wertschätzung und Respekt für die Polizei. Nach unserer Forderung hat der Bund 2017 das Gesetz gegen Gewalt gegen Rettungskräfte verschärft. Außerdem haben wir die Ausstattung der Polizei

deutlich verbessert und arbeiten weiterhin daran, unser Versprechen aus dem Koalitionsvertrag zur Unterstützung der Beamten umzusetzen.

Die Kampagne läuft noch bis zum 14. April 2019. In den kommenden Wochen beleuchten wir weitere wichtige Themen im Zusammenhang mit dem Rechtsstaat und der Inneren Sicherheit. Wir laden Sie herzlich dazu ein mitzudiskutieren. Möglich ist das auf allen Social-Media-Kanälen. Hintergrundinformationen zu den einzelnen Themen stellen wir regelmäßig auf unserer Homepage bereit: [www.cdu-nrw-fraktion.de](http://www.cdu-nrw-fraktion.de)



## Damit zusammenbleibt, was zusammengehört

„Europa im Wandel – Zeit zu handeln“. So lautet das Motto der Themenwochen, die die SPD-Fraktion rund um das März-Plenum gestartet hat. Es geht darum zu zeigen, dass wir Europa stärker machen und gegen die Angriffe verteidigen können, denen es zurzeit von rechtspopulistischer Seite ausgesetzt ist. Aber um Europa zu bewahren, müssen wir es auch verändern. In ein soziales Europa. Damit zusammenbleibt, was zusammengehört.

Wir in der SPD-Fraktion machen uns stark für ein #SozialesEuropa. Im März-Plenum stellen wir daher eine Vielzahl europapolitischer Anträge in den Mittelpunkt unserer Initiativen. U. a. fordern wir anlässlich des Equal

Pay Day, dass sich die Landesregierung im Rahmen ihres Vorsitzes der Europaministerkonferenz für ein EU-weites Lohngerechtigkeitsgesetz einsetzt. Denn europaweit verdienen Frauen im Durchschnitt 16 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen. In NRW sind es sogar 22 Prozent.

„Wer die Bürgerinnen und Bürger von Europa begeistern will, muss sich dafür einsetzen,

dass sich die Europäische Union zu einer Sozialunion weiterentwickelt und keine Marktunion bleibt“, sagt Rüdiger Weiß, europapolitischer Sprecher der SPD-Fraktion.

Besonders wichtig sei es, dass Europa dort ankomme, wo es am meisten bewirken könne: nämlich bei den Menschen vor Ort. „Wir arbeiten an einem besseren, gerechteren und vor allem sozialeren Europa in NRW. Und wir tun das nicht alleine, sondern Hand in Hand mit den Kommunen“, betont Weiß.

Es gehe auch darum, den Menschen frei nach Willy Brandt klar zu machen: „Europa ist nicht alles. Aber ohne Europa ist alles nichts.“



## Kunst aus NRW – Claudia Landwehr „Lichtspiele“

Kunst und Kultur sind den Freien Demokraten im Landtag von Nordrhein-Westfalen ein Herzensanliegen. Das spiegelt sich nicht nur in den politischen Initiativen der Fraktion. Regelmäßig lädt die FDP-Landtagsfraktion Künstlerin-

nen und Künstler aus NRW ein, ihre Arbeiten im Fraktionsfoyer und den Fluren der Fraktion auszustellen. Bis zum 26. April 2019 sind unter dem Titel „Lichtspiele“ Arbeiten von Claudia Landwehr aus Münster zu sehen. „Das Parlament ist eben nicht nur ein Platz der politischen Auseinandersetzung, sondern auch der Begegnung und des möglichst inspirierenden Austauschs. Dafür bieten wir diese Reihe an und mit der Ausstellung von Claudia Landwehr ist die Bühne dafür bestens bereit“, sagte Lorenz Deutsch, kulturpolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, bei der Vernissage.

Claudia Landwehr, 1968 in Osnabrück geboren, hat an der Kunstschule Alsterdamm in Hamburg studiert. Die

Münsteranerin lotet in ihren großformatigen, farbintensiven Arbeiten die Pole von Ruhe und Bewegung aus. Rund 60 Gäste waren der Einladung zur Ausstellungseröffnung gefolgt. „Was also sehe ich, wenn ich Claudia Landwehrs Bilder betrachte“, fragte Deutsch. „In erster Linie etwas, das ich einmal ein Spiel mit der Unschärfe nennen möchte. Unschärfe ist ja immer eine Herausforderung des Betrachters.“ Unschärfe löse ganz unweigerlich die Frage aus, was durch die Unschärfe verborgen ist. Die Beantwortung dieser Frage ist dem Betrachter überlassen.



**Freie Demokraten**

Landtagsfraktion  
Nordrhein-Westfalen **FDP**

## Grüne Offensive für neuen Wohnraum in Städten

Eine bezahlbare Wohnung zu finden, ist für viele Menschen in NRW ein großes Problem. Vor allem in den Ballungsräumen und Großstädten gibt es kaum noch preiswerten Wohnraum, hohe Mieten werden immer mehr zum Armutsrisiko. Eigentlich müssten jährlich 80.000 neue Wohnungen gebaut werden, um der Wohnungsnot abzuwehren und die wachsende Einwohnerschaft der Städte unterzubringen. In 2016 wurden jedoch nur rund 47.000 neue Wohnungen gebaut, das Defizit wird also immer größer und die Mieten steigen. Ursachen für die niedrige Bautätigkeit sind vor allem der Mangel an bebaubaren Flächen und die hohen Baukosten. Die GRÜNE Fraktion hat deshalb im Plenum den Antrag gestellt, den Mietwohnungsbau wieder in den Mittelpunkt zu stellen und vor allem die Kommunen in die Lage

zu versetzen, aktiv zu werden. Sie sollen beim Ankauf von Flächen, bei der Gründung von kommunalen Wohnungsgesellschaften und beim Bau von neuen Wohnungen, vor allem im preisgebundenen Bereich, vom Land stärker unterstützt werden. Außerdem sollen Woh-

nungsbaugenossenschaften, Baugruppen und kommunale Wohnungsgesellschaften bei Flächenvergaben gegenüber privaten Investoren bevorzugt werden. Unwirksame Instrumente wie die verstärkte Eigentumsförderung oder das sogenannte „Baukindergeld“ des Bundes sollen abgeschafft und die Mieterschutzverordnungen des Landes erhalten bleiben. Außerdem soll serielles und modulares Bauen zur Senkung der Baukosten ermöglicht werden. Nur mit diesen Maßnahmen kann es gelingen, den Wohnungsmangel nachhaltig zu bekämpfen.



## AfD-Fraktion vor Ort



informiert, sie teilhaben lässt. „AfD-Fraktion vor Ort“ präsentiert ihr politisches Wirken regelmäßig durch Vorträge, Filmvorführungen, Frage- und Diskussionsrunden und Verteilung von Info-Material direkt bei den Bürgern.

Jeweils zwei Abgeordnete, manchmal unterstützt durch Fachreferenten oder Gastredner, berichten dabei im Rahmen einer Vortragsveranstaltung über ihre tägliche Arbeit. Auf diesem Wege wird nicht nur allgemeines Politikwissen vermittelt, sondern es werden ganz konkret Verfahrensweisen erklärt und Hintergründe erläutert. Warum werden welche Anträge eingebracht, welche Anträge anderer Fraktionen werden abgelehnt, welchen wird zugestimmt? Ganz besonders beliebt ist der an-

schließende Bürger-Dialog: Hier stellen sich unsere Abgeordneten den Fragen des Publikums, es wird diskutiert und nachgehakt, jeder kann sein ganz persönliches Anliegen vorbringen.

27-mal war die AfD-Fraktion bereits „vor Ort“, für das laufende Jahr sind weitere 20 Veranstaltungen geplant. Auf Anfrage gastieren wir mit diesem Format aber auch bei Verbänden, Organisationen oder in Schulen – das Wichtigste ist und bleibt der Dialog: Nur er schützt vor Vorurteilen und sichert die politische Teilhabe aller Menschen.

Politik hat oft den Ruf, undurchsichtig und für den Bürger wenig nachvollziehbar zu sein – nicht immer zu Unrecht. Genau aus diesem Grund hat die AfD-Fraktion gleich nach Einzug in den Landtag beschlossen, ein Format aufzulegen, das die Politik direkt zu den Menschen trägt, sie

informiert, sie teilhaben lässt. „AfD-Fraktion vor Ort“ präsentiert ihr politisches Wirken regelmäßig durch Vorträge, Filmvorführungen, Frage- und Diskussionsrunden und Verteilung von Info-Material direkt bei den Bürgern.



# Wie Landtag Intern

März 2019 – Landtag Intern wird 50. Ihr Gesicht hat die Parlamentszeitschrift in den fast fünf Jahrzehnten verändert, ihre Grundsätze sind geblieben: Sie berichtet objektiv, ausgewogen und neutral über das Geschehen im nordrhein-westfälischen Landtag. Wie aber entsteht ein Heft? Am Beispiel der vorliegenden Ausgabe plaudert die Redaktion einmal aus dem Nähkästchen.

Nach dem Spiel ist vor dem Spiel – die alte Fußballerweisheit gilt, im übertragenen Sinne, auch für Landtag Intern. Ist eine Ausgabe fertig, geht es sofort an die nächste. Und wie immer beginnt die Arbeit mit einer Themenkonferenz: Was soll ins Heft? Für die aktuelle Nummer sind auf jeden Fall drei Plenarseiten reserviert. Es können auch schon mal mehr sein, etwa bei Haushaltsdebatten. Wie genau die drei Seiten gefüllt werden, entscheidet die Redaktion, sobald die endgültigen Tagesordnungen inklusive Aktueller Stunden vorliegen. Gesetzt sind zudem die Fraktionsbeiträge, die Seite zur laufenden Gesetzgebung, der Schwerpunkt samt „Standpunkten“ und das Abgeordnetenporträt, das freie Journalisten übernehmen.

## Schwerpunkt

Die Redaktion ist sich schnell einig: Schwerpunkt soll eine Sachverständigenanhörung zum Thema „Integration und Arbeit“ werden. Es bietet sich auch als Titelbild an. Anhörungen eignen sich besonders gut als thematische Schwerpunkte: Auf der einen Seite können externe Expertinnen und Experten ihre Sicht der Dinge darlegen, auf der anderen kommen die Fraktionen auf den Folgeseiten in den „Standpunkten“ zu Wort. Mindestens eine Seite mit Berichten aus den Fachausschüssen will die Redaktion außerdem unterbringen. Zwei Serienfolgen sollen ebenfalls in Heft – zur Europawahl ein Bericht über das Verbindungsbüro des Landtags in Brüssel sowie eine Übersicht über wichtige Stationen der europäischen Einigung; zum 50. Geburtstag von Landtag Intern ein Bericht darüber, wie das Heft entsteht. Die Aufgaben werden verteilt. Drei Mails verlassen sodann die Redaktion: Dem Grafiker wird die Seitenplanung geschickt, der Druckerei Heftumfang und Zeitplan, den Pressestel-

len der Fraktionen eine Mitteilung über den Schwerpunkt und die Bitte um Zusendung der dazugehörigen „Standpunkte“ sowie der eigenen Beiträge.

Weiter geht's: Ausschusssitzungen werden besucht, Texte geschrieben und gegengelesen, Fotos gemacht. Fertige Beiträge und Bilder bekommt der Grafiker; er „baut“ daraus Seiten und schickt sie der Redaktion zurück. Die wiederum liest die Seiten noch einmal und nimmt gegebenenfalls Korrekturen vor. Was fertig ist, wird an eine große Tafel gehängt. So sieht jeder täglich, wie weit das Heft gediehen ist. Das Ziel: Spätestens am Freitag vor der Plenarwoche soll es so weit wie möglich fertig sein und der Lektorin zur ersten Korrektur geschickt werden. Die Redaktion kann sich dann in der kommenden Woche auf die Plenarsitzungen konzentrieren.

Montags aber schaut sie sich zunächst die Anmerkungen der Lektorin an. Die Redakteurinnen und Redakteure haben den aktuellen Stand zu diesem Zeitpunkt selbst ebenfalls noch einmal gelesen. Die gesammelten Korrekturen werden dem Grafiker übermittelt. Montags erfährt die Redaktion dann auch, was zusätzlich zur bereits bekannten Plenartagesordnung ansteht. In diesem Fall ist es eine Aktuelle Stunde zum Landesbetrieb Straßen.NRW. Während einer kurzen Konferenz wird entschieden: Die Aktuelle Stunde kommt auf Seite 3, Seite 4 bleibt für Plenarmeldungen reserviert, auf Seite 5 wird ein gemeinsamer Aufruf der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Grünen zur Europawahl platziert.

Teamarbeit ist auch während der Plenarberichterstattung gefragt. Aus Platzgründen beschränkt sich die Redaktion bei den Debatten auf die sogenannte erste Runde. Das heißt: Berichtet wird über die Beiträge der jeweils ersten Rednerinnen und Redner der Fraktionen sowie der Landesregierung. Die Reihenfolge im Heft entspricht der tatsächlichen Abfolge in der Debatte.



## 50. Jahrgang

Die Parlamentszeitschrift Landtag Intern erscheint im 50. Jahrgang. In loser Folge berichtet die Redaktion über den anstehenden runden Geburtstag. In der ersten Folge (1/2019) ging es um die „Geburt“ von Landtag Intern und um die erste Ausgabe: zehn eng beschriebene Seiten mit 21 Überschriften und sechs Bildern.

# entsteht

Allen steht der gleiche Platz zur Verfügung. Da die Plenarberichte nicht nur in Landtag Intern, sondern auch möglichst schnell online erscheinen sollen, übernehmen in der Regel drei Redaktionsmitglieder jeweils zwei Rednerinnen oder Redner. Auf diese Weise steht der Text meist schon wenige Minuten nach Ende der Diskussion auf der Homepage des Landtags.

Am Donnerstagabend, dem letzten Plenartag, wird der aktuelle Stand noch einmal der Lektorin vorgelegt. Sie liest alle Texte, die nach der ersten Korrekturrunde hinzugekommen sind. Fertig ist Landtag Intern dann noch immer nicht. Die Gesetzgebungsseite wird aktualisiert.

Am Freitagmorgen hängt die Redaktion die fertige Ausgabe dann Seite für Seite zur endgültigen Abnahme an die große Wandtafel. Ein letztes Mal kontrollieren fünf Augenpaare Überschriften, Vorspanne und Bildunterschriften – und entdecken in der Regel immer noch eine Kleinigkeit. Auch wenn es nur ein fehlender Punkt ist: Der Grafiker wird ihn gleich setzen.

Redaktion die Daten für die Online-Fassung, die wenig später unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de) abrufbar ist. Am Dienstag der folgenden Woche werden die ersten Hefte im Landtag angeliefert und ausgelegt, der Postversand beginnt. Und ein paar Tage später liegt das Heft in den Briefkästen. Die Redaktion arbeitet derweil längst an Landtag Intern 4/2019. So läuft das. *zab*

## Geschafft

Dann ist es geschafft. Die Redaktion gibt die Ausgabe pünktlich frei, die Druckerei erhält vom Grafiker die Druckdaten, die

Foto: Schälte





Foto: Schälte

# AUS DEN AUSSCHÜSSEN

## Sondersitzung zu Lügde

26.2.2019 – Der Innenausschuss hat sich in einer Sondersitzung mit dem jahrelangen sexuellen Missbrauch von Kindern auf einem Campingplatz in Lügde (Kreis Lippe) befasst. Die Fraktionen von SPD und Grünen hatten die Sitzung beantragt. Die Staatsanwaltschaft ermittle inzwischen gegen sieben Beschuldigte, teilte Innenminister [Herbert Reul](#) (CDU) dem Ausschuss mit. Er sprach von 31 Opfern im Alter zwischen 4 und 13 Jahren. Ein zentrales Thema der Sitzung waren Fehler der Polizei in Lippe – u. a. ist Beweismaterial verschwunden. Dabei handelt es sich um 155 Datenträger, die im Zuge der Ermittlungen sichergestellt worden waren. Der Sonderermittler des Landeskriminalamtes sprach im Ausschuss von „schweren handwerklichen Fehlern, die sich potenziert haben“. Reul kündigte an, er werde alles in seiner Macht Stehende tun, „dass dieser Fall rückhaltlos aufgeklärt wird und Lehren daraus gezogen werden“. Die Führung der Kreispolizeibehörde Lippe sei bereits „neu aufgestellt“ worden. Außerdem werde im Innenministerium eine Stabsstelle gegen Kindesmissbrauch eingerichtet. [Hartmut Ganzke](#) (SPD) dankte für den Bericht des Ministers. Er könne „Anfang einer umfassenden Aufklärung sein“. Die größte Sorge habe Reul aber nicht ausräumen können – „dass Täter ungestraft und Taten ungesühnt bleiben“. Der Bericht habe „viele Fragen offengelassen“, kritisierte [Verena Schäffer](#) (Grüne). Gut sei, dass Reul seine politische Verantwortung „klar benannt“ habe. [Marc Lürbke](#) (FDP) nannte den Bericht dagegen „vorbildlich“. Es gelte, Lehren für die Zukunft zu ziehen und Strukturen zu hinterfragen – zum Beispiel, ob jede Polizeibehörde technisch und personell gut genug aufgestellt ist, um diese Delikte zu bearbeiten, oder ob eine zentrale Bearbeitung möglicherweise sinnvoller sei. [Dr. Christos Katzidis](#) (CDU) lobte die Informationspolitik des Innenministers. Dass er Beamte des Lan-

deskriminalamtes nach Lippe geschickt habe, zeige das „große Aufklärungsinteresse“. AfD-Fraktionschef [Markus Wagner](#) sprach von einem „Versagen nicht nur bei der Kreispolizeibehörde Lippe“ und sah „Aufklärungsbedarf weit über die Zuständigkeit des Innenausschusses hinaus“. Das Thema stand auch auf der Tagesordnung der regulären Ausschusssitzung am 14. März 2019. Man gehe mittlerweile von mindestens 34 Opfern aus, sagte Innenminister Reul. Hinzu kämen 14 Verdachtsfälle. Ein Beamter, der die Ermittlungskommission zeitweise leitete, sei vom Dienst suspendiert worden. Es bestehe u. a. der Verdacht der Strafvereitelung.

## Gesamtschulen

13.3.2019 – Die Zahl der Anmeldungen an Gesamtschulen im Schuljahr 2018/19 in Nordrhein-Westfalen ist gestiegen. Das geht aus einem Bericht der Landesregierung hervor, mit dem sich der Ausschuss für Schule und Bildung befasst hat (17/1759). Im betreffenden Schuljahr habe es landesweit 48.976 Anmeldungen an öffentlichen Gesamtschulen gegeben; aber nur 42.500 Schülerinnen und Schüler der Klassen 5 erhielten einen Platz. SPD und Grüne forderten das Ministerium auf, auch Kriterien auszuwerten, nach denen Schülerinnen und Schülern ausgewählt wurden.

## Digitalpakt Schule

13.3.2019 – Rund eine Milliarde Euro erwartet das Land NRW vom Bund für die digitale Ausstattung von Schulen. Aber wofür genau wird das Geld verwendet? Darüber hat die Landesregierung im Ausschuss für Schule und Bildung auf Antrag der SPD-Fraktion berichtet (17/1792). Staatssekretär Mathias Richter ergänzte, dass Fördergelder des Digitalpakts von Bund und Ländern ausschließlich für Investitionen in die kommunale Infrastruktur vorgesehen seien. Das Land stelle darüber hinaus Mittel für die Fortbildung von Lehrkräften bereit und kümmere sich

darum, dass Lehrpläne angepasst würden. Wie der Betrieb und die Wartung der technischen Ausstattung der Schulen organisiert und finanziert werde, dazu entwickle die Landesregierung zeitnah einen Fahrplan im Austausch mit den Kommunalen Spitzenverbänden.

## Tarifeinigung

14.3.2019 – Der Tarifabschluss der Länder wird 2019 im Bereich der Tarifbeschäftigten zu Belastungen für den NRW-Etat in Höhe von rund 220 Millionen Euro führen. Dies geht aus einer Vorlage des Finanzministeriums an den Haushalts- und Finanzausschuss hervor. Für 2020 rechnet das Ministerium mit rund 450 Millionen, für 2021 mit rund 550 Millionen Euro. Arbeitgeber und Gewerkschaften hatten sich verständigt, dass die Gehälter der Angestellten in mehreren Stufen um insgesamt 8 Prozent steigen werden. Eine Entscheidung, ob das Tarifergebnis auf die Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter sowie Versorgungsempfängerinnen und -empfänger übertragen wird, war laut Vorlage zum Zeitpunkt der Sitzung noch nicht gefallen. Dies kritisierten die Oppositionsfraktionen. [Stefan Zimkeit](#) (SPD) verwies darauf, dass andere Länder bereits eine Übernahme beschlossen hätten, und forderte die Landesregierung auf, schnell nachzuziehen. Auch Grünen-Fraktionschefin [Monika Düker](#) forderte eine Übernahme und verwies auf „sprudelnde Steuereinnahmen“ in diesem Jahr. [Herbert Strotebeck](#) (AfD) betonte, je länger die Entscheidungsfindung dauere, desto mehr werde die Beamtenschaft verunsichert. [Ralf Witzel](#) (FDP) erwiderte, die Koalition habe Verständnis für die Belange der Beschäftigten. Die Übernahme werde „wohlwollend“ geprüft. [Arne Moritz](#) (CDU) begrüßte den Tarifabschluss, da es Ziel der Koalition sei, die Attraktivität des Öffentlichen Dienstes zu steigern. Am 19. März 2019 teilte Finanzminister [Lutz Lienenkämper](#) (CDU) in einer Pressemitteilung mit, er werde dem Kabinett vorschlagen, das Tarifergebnis 1:1 zu übertragen.

# Porträt: Dietmar Bell (SPD)



Manchmal hilft eine kleine Geschichte, eine Person zu beschreiben. Bei Dietmar Bell geht sie so: Vor mehr als zehn Jahren organisierte er als Geschäftsführer von ver.di in Wuppertal einen Arbeitskampf gegen ein Multiplex-Kino, dessen Geschäftsführer sein eigener Zwillingsbruder ist. Es ging um höhere Löhne. Bell rief an: „Wir müssen dich jetzt bestreiken!“ Man vereinbarte, öffentlichen Streit zu meiden, doch der Streik wurde durchgezogen, mit Erfolg. Solidarität und Loyalität, das war Dietmar Bell schon immer sehr wichtig. Da kennt er keine Verwandten.

## Lehre als Krankenpfleger

Rückblende. Als Bell 1980 sein Abitur macht, sind Tarifkonflikte noch weit weg. Das angestrebte Lehramtsstudium verheißt kaum Jobaussichten, also arbeitet er als Krankenpflegehelfer, dann als Kraftfahrer. Verdient gut, genießt das Leben, feiert gern – „wie man das in jungen Jahren so macht“. Aber irgendwann reift der Gedanke, er müsse „mal was Richtiges“ anpacken, und er beginnt eine Lehre als Krankenpfleger.

Es ist die Initialzündung. Die Bedingungen für die Auszubildenden seien miserabel gewesen. Als die Arbeitgeber ihre Vergütung drastisch reduzieren wollen, organisieren die Azubis auf eigene Faust einen Aufstand „im Rudelverfahren“, wie Bell sagt, er als Schulsprecher vorneweg. Plötzlich steht er in strö-

Wie kamen sie in die Politik? Wo liegen ihre politischen Schwerpunkte? Landtag Intern stellt in jeder Ausgabe Abgeordnete vor. Diesmal im Porträt: Dietmar Bell von der SPD-Fraktion. Der 57-Jährige aus Wuppertal gehört dem Landesparlament seit 2010 an. Nach dem Abitur hatte er zunächst als Krankenpflegehelfer gearbeitet.

mendem Regen vor 300 Gleichgesinnten auf einem Platz in Wuppertal, als Hauptredner, weil die Jugendsekretäre der ÖTV im Stau feststecken. Der Kampf lohnt sich, die Kürzung wird abgewehrt.

Mit 23 Jahren ist er politisiert. Spät, aber nachhaltig. Nach der Tätigkeit auf einer neurologischen Intensivstation besucht er die Sozialakademie Dortmund, studiert Sozialwissenschaften, ehe ihn die ÖTV Wuppertal 1991 als Gewerkschaftssekretär zu sich holt. Was folgt, ist fast zwangsläufig: Parteieintritt. SPD oder Grüne?, fragt sich Bell. „Bei den Grünen waren alle einer Meinung“, sagt er, „das fand ich langweilig.“ Schließlich geht er zur SPD, „weil ich mich über sie geärgert habe“. Die Partei sei gerade im Streit um ein schärferes Asylrecht eingeknickt, für ihn ein „historischer Fehler“.

## „Soziales Gewissen“

Er stammt aus einfachen Verhältnissen. Sein Vater verkauft Fahrkarten bei der Schwebebahn, die Mutter ist Näherin. „Ohne die Reformen der Brandt-Ära hätte ich nie Abitur gemacht“, sagt er. Auch heute glaubt er trotz der rasanten Talfahrt der SPD fest an ihre Chance, wenn sie nur ihrem sozialen Gewissen folge und sich weniger mit sich selbst beschäftige. „Die Leute wählen keine Partei, die an sich selbst zweifelt“, sagt Bell.

Sein Aufstieg in der SPD verläuft steil. Als 2003 der Ortsvorstand die Konsequenzen aus einem Spendenskandal zieht und zurücktritt, ist er zur Stelle. Ohne Funktion in der Partei kandidiert er für den Vorsitz und wird gewählt – „von null auf hundert“. 13 Jahre bleibt er Parteichef, tritt 2009 bei der OB-Wahl gegen den populären CDU-Amtsinhaber Peter Jung an. Es ist eine Wahl, die er verliert, für sich aber als Erfolgserlebnis verbucht. 2010 dann zieht er erstmals in den Landtag ein. Er ist wissenschaftspolitischer Sprecher seiner Fraktion – „eine tolle Aufgabe“.

Dietmar Bell, seit 1991 mit seiner Frau Anne verheiratet, ist Wuppertaler durch und durch. Mit den Co-Abgeordneten Andreas Bialas und Josef Neumann teilt er sein Wahlkreisbüro im Johannes-Rau-Haus, der SPD-Zentrale. Beim Interview in Bells Landtagsbü-

ro, vor dem ein Pina-Bausch-Plakat hängt, fällt der Name des Ex-Bundespräsidenten mehrfach. Nicht ohne Stolz berichtet Bell, wie ihn einst ein Anruf aus dem Präsidentsamt überrascht hat: Rau würde ihn gern mal kennenlernen. Daraus wird ein langes Gespräch in Raus Wuppertaler Haus, „sehr wertschätzend“, so Bell. Dass Rau seinen SPD-Unterbezirk genau im Blick hat, merkt er ein halbes Jahr später, als ein Brief ankommt. Darin fragt Rau spitz nach, warum denn eine verdiente Wuppertaler Genossin zu ihrem 90. Geburtstag keinen Blumenstrauß von der SPD bekommen habe. Tja ...

*Theo Schumacher*

## Zur Person

Dietmar Bell ist seit 2010 Mitglied des nordrhein-westfälischen Landtags. Er hat sein Landtagsmandat dreimal in Folge direkt gewonnen. Bell ist wissenschaftspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion. Außerdem leitet er als Vorsitzender die Enquetekommission zur „Digitalen Transformation der Arbeitswelt in NRW“.

## Nachgefragt

### Was ist Ihr Lieblingsbuch und warum?

W.G. Sebald – Austerlitz – Ein tief berührendes Buch über die persönliche Entwurzelung und Identitätssuche nach der Menschheitskatastrophe des letzten Jahrhunderts von einem viel zu früh verstorbenen Autor.

### Welche Musik hören Sie gerne?

Nicht wirklich festgelegt. Gerne ein Sonntagmorgen mit dem Köln Konzert von Keith Jarrett und anschließend die Solo-Sonaten für Viola von Bach.

### Was haben Sie immer in Ihrem Kühlschrank vorrätig?

Orangen, für den frischen Saft am Morgen.

### Ihr liebstes Reiseziel?

Astypalea, kleine griechische Insel, zu der ich alle drei bis vier Jahre zurückkehre, weil es ein Stück Heimat geworden ist.

## Kurz notiert

### Deutsch-britische Gesellschaft

Mit einer Feierstunde haben der Landtag Nordrhein-Westfalen und die Deutsch-Britische Gesellschaft am 12. März 2019 an die Gründung der Organisation vor 70 Jahren erinnert. Sie war 1949 in Düsseldorf als Deutsch-Englische Gesellschaft gegründet worden mit dem Ziel, die Verständigung zwischen den einstigen Kriegsgegnern zu fördern. Der Präsident des Landtags, André Kuper, sagte: „Nordrhein-Westfalen hat den Briten, die dieses Bundesland aus der Taufe gehoben haben, viel zu verdanken. Die Deutsch-Britische Gesellschaft, vor 70 Jahren hier gegründet, hat sich um die Partnerschaft der beiden Länder und um viele persönliche Freundschaften verdient gemacht.“

### Nacht der Museen

Auch in diesem Jahr öffnen der Landtag und das „Haus der Parlamentsgeschichte“ in der Villa Horion wieder ihre Pforten in der „Düsseldorfer Nacht der Museen“ – am Samstag, 6. April 2019, 19 bis 1 Uhr. Im „Haus der Parlamentsgeschichte“, Johannes-Rau-Platz 1, finden viertelstündlich Führungen statt. Im Landtagsgebäude wird ein buntes Programm aus Kunst, Information und Unterhaltung angeboten. Zu Gast sind u.a. die Jüdischen Kulturtage mit Beiträgen von Zipora Rafaelov, Eyal Dinar und Amit Goffer. Im Plenarsaal gibt es wieder Vorträge rund um die Arbeit des Parlaments und der Abgeordneten. Mehr Informationen unter: [www.nacht-der-museen.de/duesseldorf/](http://www.nacht-der-museen.de/duesseldorf/)

### Ehrenamt

Landtagspräsident André Kuper hat das ehrenamtliche Engagement in Nordrhein-Westfalen gewürdigt. Am Stand der Ehrenamtstour NRW, die am 20. März 2019 Station im Landesparlament machte, informierte er sich über Anregungen und Hinweise, die aus der Bevölkerung zu dem Thema vorgebracht worden waren. „Ohne die zahlreichen Menschen, die sich ehrenamtlich sozial, kulturell oder in der Bildung engagieren, würde vieles, das unser Land ausmacht, nicht da sein“, sagte er im Gespräch mit Andrea Milz, Staatssekretärin für Sport und Ehrenamt.

### Neue Ausgabe

Die nächste Ausgabe der Parlamentszeitschrift Landtag Intern erscheint am 16. April 2019.

### Gestorben

25.2. **Doris Altwischer** (CDU/89) MdL 1966-1985

26.2. **Lothar Wrede** (SPD/88) MdL 1962-1969

12.3. **Helmut Elfring** (CDU/86) MdL 1962-1990

## 100 Jahre Frauen in deutschen Parlamenten

Der Landtag hat am Internationalen Frauentag, dem 8. März 2019, an die Einführung des Frauenwahlrechts vor 100 Jahren erinnert. In einer Diskussionsrunde tauschten sich die Vizepräsidentinnen des Landtags, Carina Gödecke und Angela Freimuth, mit den ehemaligen Präsidentinnen Ingeborg Friebe und Regina van Dinther sowie der früheren Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber aus. Vizepräsidentin Carina Gödecke sagte zur Begrüßung der Gäste: „Bei der ersten Wahl der Nationalversammlung, an der Frauen teilnehmen durften, gingen vor 100 Jahren 82 Prozent der wahlberechtigten Frauen zur Wahl. Welche Veränderungsmacht hätten wir heute in Händen, täten wir es ihnen gleich.“



Diskussion am Weltfrauentag: die Vizepräsidentinnen des Landtags, Carina Gödecke (2.v.l.) und Angela Freimuth (r.), sowie die ehemaligen Präsidentinnen Ingeborg Friebe (M.) und Regina van Dinther (l.) und die frühere Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber. Fotos: Schälte